

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/1135/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 30.01.2019 Verfasser: FB 61/010 // Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2018, öffentlicher Teil							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 667 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 667 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 667 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 701 379 734">07.02.2019</td> <td data-bbox="387 701 954 734">Planungsausschuss</td> <td data-bbox="962 701 1374 734">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	07.02.2019	Planungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
07.02.2019	Planungsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2018, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 06.12.2018, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.12.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschierter, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Harald Baal	Vorsitzender
Ratsherr Simon Adenauer	
Ratsherr Christoph Allemand	
Frau Marlene Beaujean	Vertretung für: Herrn Wilhelm Heinz Jennissen
Herr Marc Beus	
Ratsfrau Gaby Breuer	
Herr Ulrich Gaube	
Ratsherr Alexander Gilson	
Herr Claus Haase	
Ratsherr Wilhelm Helg	
Herr Johannes Hucke	Vertretung für: Herrn Dr. Sebastian Breuer
Ratsherr Manfred Kuckelkorn	
Herr Tobias Küppers	
Herr Dieter Müller	
Herr Martin Nolten	Vertretung für: Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn
Bürgermeister Norbert Plum	

Ratsherr Udo Pütz
Ratsherr Michael Rau
Frau Maike Schlick
Ratsherr Karl-Heinz Starmanns
Herr Eshetu Wondafrash

Abwesende:

Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn	entschuldigt
Herr Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Herr Wilhelm Heinz Jennissen	entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Wingefeld	Dez. III
Frau Clemens	FB 63
Herr Herrmann	FB 13
Herr Kipka	FB 62
Herr Larosch	B 03
Frau Ohlmann	FB 61
Frau Rohde	FB 61
Herr Schaffert	FB 61
Herr Schneider	Dez. III
Herr Sellung	Dez. I
Frau Dr. Vankann	FB 36
Frau Wartmann	FB 32

als Schriftführerin:

Frau Vohn	FB 61
-----------	-------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.10.2018 und vom 08.11.2018
(öffentlicher Teil)**

- 3 **Die Grüne Krone
Freiraumkonzept für Aachen
Vorlage: FB 36/0317/WP17**

- 4 **Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept
Vorlage: FB 36/0316/WP17-1**

- 5 **Haushaltsplanberatungen 2019 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022
Vorlage: FB 61/1085/WP17**

- 6 **Neue Stellplatzsatzung zum 01.01.2019
Vorlage: B 03/0127/WP17**

- 6.1 **Neue Stellplatzsatzung zum 01.01.2019
Vorlage: B 03/0127/WP17-1**

- 7 **Masterplan Uniklinik
hier: mündlicher Bericht zum Sachstand**

- 8 **Änderung Nr. 144 des Flächennutzungsplanes 1980 und Bebauungsplan Nr. 978 -
Niederforstbacher Straße/ Beckerstraße -
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- Empfehlung zum Änderungsbeschluss / Satzungsbeschluss
Vorlage: FB 61/1083/WP17**

- 9 **Bebauungsplan Nr. 974 - Kornelimünster West/August-Macke-Straße -**
- **Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4a (3) BauGB**
 - **Bericht über das Ergebnis der erneuten Beteiligung der Behörden gemäß § 4a (3) BauGB**
 - **Empfehlung zum Satzungsbeschluss**
- Vorlage: FB 61/1077/WP17**
- 10 **IV. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 888 -Krefelder Straße/ Soerser Weg- für den Bereich zwischen Tivoli-Stadion, Krefelder Straße, südlicher Zufahrt zum Sportpark Soers und Stadionparkhaus**
- hier: Änderungs- und Offenlagebeschluss**
- Vorlage: FB 61/1075/WP17**
- 11 **Bebauungsplan Vaalser Straße / Am Venskyhäuschen**
- hier: Aufstellungsbeschluss**
- Vorlage: FB 61/1071/WP17**
- 12 **Bebauungsplan Prager Ring / Gut-Dämme-Straße**
- hier: Aufstellungsbeschluss**
- Vorlage: FB 61/1076/WP17**
- 13 **Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Brand im Bereich Starenweg**
- Vorlage: FB 61/1082/WP17**
- 14 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.10.2018 und vom 08.11.2018 (nichtöffentlicher Teil):**

- 2 **Altstadtquartier Büchel: Städtebaulicher Vorvertrag und weitere Zusammenarbeit mit den Hauptinvestoren - Sachstand und weiteres Vorgehen**
- 2.1 **Mitteilung der Verwaltung:
Vereinbarung über die Übertragung der Verpflichtung zur Schaffung von Ersatzwohnraum für das Geschäftscenter „Aquis Plaza“ im Bereich der Harscampstraße (B'Plan Nr. 891 Kaiserplatz Galerie) und den Geschäftskomplex am Kugelbrunnen (B'plan Nr. 774 I Reihstraße) vom 20.09.2016
Vorlage: B 03/0130/WP17**
- 3 **Bebauungsplan - Werkstraße/Pascalstraße -, im Stadtbezirk Aachen-Kornelimünster / Walheim, im Bereich zwischen Werkstraße, Pascalstraße/Zedernweg, Hirzenrott/Pontscheide und Nerscheider Weg
hier: Programmberatung
Vorlage: FB 61/1089/WP17**
- 4 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan nach § 13 a BauGB -Roermonder Straße/Rütscher Straße- im Stadtbezirk Aachen-Mitte, im Bereich Roermonder Straße und Grünfläche Rütscher Straße
hier: Programmberatung
Vorlage: FB 61/1078/WP17**
- 5 **Private Bauvorhaben:**
- 6 **Denkmalschutzangelegenheiten:**
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung:**
- 8 **Aufstellung bzw. Änderung eines Bebauungsplanes für den Bereich Theaterstraße/ Borngasse/ Wirichsbongardstraße (Henger Herjotts Fott):**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Baal eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse. Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Er bedankt sich bei Herrn Wingefeld, der seine letzte Sitzung als Beigeordneter vor Eintritt in den Ruhestand bestreitet, für die immer konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit und begrüßt Herrn Allemand, der als Ratsmitglied der UWG heute erstmalig als beratendes Mitglied gem. §56 der Gemeindeordnung an einer Sitzung des Planungsausschusses teilnimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Johannes Hucke als stellvertretender sachkundiger Bürger der Fraktion der Grünen entsprechend den Regelungen der Gemeindeordnung verpflichtet.

Zur Tagesordnung bittet Frau Ohlmann darum, TOP I/9 - Bebauungsplan Nr. 974 - Kornelimünster West/August-Macke-Straße – zu vertagen, da der Stand der Vertragsverhandlungen mit den Investoren für einen Satzungsbeschluss noch nicht weit genug fortgeschritten sei.

Die Vertagung des Punktes I/9 wird einstimmig beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.10.2018 und vom 08.11.2018 (öffentlicher Teil)

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 04.10.2018 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

Da die Niederschrift über die Sitzung am 08.11.2018 den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Die Grüne Krone
Freiraumkonzept für Aachen
Vorlage: FB 36/0317/WP17

Herr Dr. Ruckert erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung

Für die Fraktion der Grünen dankt Herr Rau der Verwaltung für diese Ausarbeitung und kündigt Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung an. Die Bedeutung von Grün sei gerade in urbanen Räumen in den letzten Jahren stetig gestiegen, dieser Entwicklung werde mit dem Konzept Rechnung getragen. Die Umsetzung werde in den nächsten Jahren viel Arbeit erfordern, zudem müsse man sich entscheiden, wie man mit den beschriebenen „Juwelen“ umgehen wolle; am Beispiel Elisengarten könne man sehen, welche Nutzungskonflikte im Zuge der sich verändernden Funktionen der Innenstädte entstehen könnten. Es sei daher wichtig, dass man sich zu den Zielen des Konzeptes bekenne und diese bei zukünftigen Entscheidungen im Sinne einer Selbstverpflichtung auch berücksichtige. So sei bei aller Notwendigkeit von Dichte auch die Erhaltung von Grünstrukturen wichtig. Als Anregung wolle man der Verwaltung auf den Weg geben, bei den Spielplätzen den Fokus nicht nur auf Kleinkinder zu legen, sondern auch Möglichkeiten für 10-18jährige und darüber hinaus für ältere Menschen zu prüfen.

Für die SPD-Fraktion bedankt sich auch Herr Plum für die Arbeit der Verwaltung. Im Wesentlichen sei man mit dem vorgestellten Konzept einverstanden, dieses baue auf dem existierenden Grünfingerkonzept auf und definiere auf sehr gute Weise den vorhandenen Optimierungsbedarf. Konkret bitte man darum, den Richtericher Schlosspark in Priorität 1 aufzunehmen, dies sei aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs dort ein Anliegen sowohl der Richtericher Bürgerinnen und Bürger als auch der Bezirksvertretung. Im Übrigen werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gerne zustimmen.

Herr Allemann vertritt die Auffassung, dass das Konzept in Teilen eine zu passive Haltung einnehme; man müsse über die Verteidigung des Status Quo hinaus aktiv werden. Themen zum Beispiel wie der Ausbau von urbanen Gärten sowie die Begrünung von Fassaden und Dächern seien hier zu kurz gekommen und böten Möglichkeiten, die man nutzen müsse.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Freiraumkonzept 'Die Grüne Krone' zustimmend zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, die Verwaltung zu beauftragen, die dargestellten Inhalte und Zielsetzungen des Konzepts als Leitlinie bei der weiteren Planung und Unterhaltung des städtischen Grünsystems sowie einzelner Grünanlagen anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

«SINAME»

Ausdruck vom: 29.01.2019

Seite: 7/16

zu 4 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gesamtstädtisches Konzept

Vorlage: FB 36/0316/WP17-1

Frau Dr. Vankann erläutert auf Nachfrage von Herrn Allemand, dass das Innenstadtkonzept zwar auch Einzelmaßnahmen enthalte, die im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel relevant sein könnten, da die strategische Ausrichtung jedoch einen anderen Schwerpunkt habe, sei das Innenstadtkonzept hier nicht aufgeführt.

Herr Wondafrash bedauert, dass dem Konzept die globale Ausrichtung fehle. Die Zusammenarbeit mit südlichen Ländern biete Potentiale, die man nutzen könne.

Frau Vankann stellt klar, dass das zur Beratung vorliegende Konzept sich mit konkreten lokalen Auswirkungen und Maßnahmen beschäftige. Im Gegensatz zum Klimaschutz gehe es bei der Anpassung um die Reaktion auf vor Ort bereits vorhandene Folgen des Klimawandels.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses die Herren Allemand, Wondafrash und Plum sowie seitens der Verwaltung Frau Dr. Vankann beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt das gesamtstädtische Konzept zur Anpassung an den Klimawandel - im Sinne eines strategischen Grundsatzprogramms zur Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen bis 2021 - in seinem Zuständigkeitsbereich und beauftragt die Verwaltung, die im Umsetzungsfahrplan enthaltenen Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 5 Haushaltsplanberatungen 2019 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022

Vorlage: FB 61/1085/WP17

Herr Baal schlägt vor, dass die Fraktionen ihre Änderungsanträge jeweils vortragen, so dass er getrennt darüber abstimmen lassen könne. Die abschließende Beschlussfassung könne dann unter Berücksichtigung der gegebenenfalls gefassten Änderungsbeschlüsse erfolgen.

PSP-Element 4-090101-047-5, Wettbewerb Bushof und Umfeld:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau eine andere Gewichtung der eingeplanten Mittel. Angesichts des hohen Handlungsdruck wolle man den Ansatz für 2019 auf 100.000€ erhöhen und Ansatz für 2020 auf 150.000€ reduzieren.

Für die SPD-Fraktion spricht sich Herr Plum gegen die beantragte Verschiebung aus. Nach derzeitigem Kenntnisstand sei ein Projektfortschritt, der in 2019 einen so hohen Mittelbedarf auslöse, nicht realistisch.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke, FDP und Piraten abgelehnt.

PSP-Element 4-090101-905-7, Modell- und Planungskosten:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau eine Erhöhung des jährlichen Ansatzes auf 50.000€. Damit könne die Planungsverwaltung in die Lage versetzt werden, kurzfristig und flexibel kleinere Planungsaufträge zu vergeben, um Verfahren voranzubringen.

Für die Fraktion Die Linke unterstützt Herr Beus diesen Antrag.

Herr Baal weist darauf hin, dass seitens der Fraktionen CDU und SPD ein Beschlussantrag zur personellen Aufstockung des Planungsbereichs im parallel zum Planungsausschuss stattfindenden Personal- und Verwaltungsausschuss eingebracht werde. Eine Erhöhung der finanziellen Mittel sei damit aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne und Die Linke abgelehnt.

neues PSP-Element, Rahmenplanung Burtscheider Viadukt:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau die Bereitstellung von 50.000€ in 2019. Man sei der Überzeugung, dass eine Rahmenplanung für diesen Bereich angesichts der aktuellen Entwicklungen dringend erforderlich sei. Auch wenn die letzte Beratung zu dieser Thematik unglücklich verlaufen sei, wolle man das Thema zeitnah anpacken.

Für die Fraktion Die Linke stimmt Herr Beus diesen Ausführungen zu. Die in Auftrag gegebene Potential- und Standortanalyse sei nicht ausreichend und könne eine städtebauliche Rahmenplanung nicht ersetzen, diese müsse möglichst umgehend auf den Weg gebracht werden.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Grüne, Die Linke und Piraten abgelehnt.

neues PSP-Element, Euregionaler Masterplan:

Für die Fraktion der Grünen beantragt Herr Rau einen Ansatz für 2019 in Höhe von 50.000€. Man sei der Auffassung, dass man Räume heute verstärkt regional und grenzüberschreitend betrachten und hierzu eine aktivere Herangehensweise finden müsse. Einzelheiten seien natürlich noch zu klären, mit den beantragten Mitteln wolle man aber schon einen Prozess anstoßen, für den man bei den anderen Kommunen um Zustimmung und um inhaltliche, möglicherweise auch finanzielle Beteiligung werben könne.

In einer ausführlichen Aussprache unter Beteiligung der Frau Breuer sowie der Herren Plum, Rau, Beus wird diskutiert, inwieweit eine Einplanung von Mittel angesichts fehlender Planungstiefe und Beschlusslage möglich ist.

Herr Baal stellt zusammenfassend fest, dass nach seiner Einschätzung zur Haushaltseinplanung eine hinreichende Konkretisierung erforderlich sei, die in diesem Fall noch nicht gegeben sei. Dennoch sei das Thema inhaltlich wichtig, so dass er vorschläge, einen fraktionsübergreifenden Antrag hierzu auf den Weg zu bringen.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Ausschuss einverstanden, der Antrag auf Bereitstellung von Mitteln wird zurückgezogen.

neues PSP-Element Voruntersuchung Umnutzung Fußgängerunterführung Pontwall:

Für die Fraktion Die Linke beantragt Herr Beus einen Ansatz von 10.000€ für 2019.

Herr Baal weist darauf hin, dass eine solche Mittelbereitstellung in die Zuständigkeit des Mobilitätsausschusses falle und bittet darum, den entsprechenden Antrag dort zu stellen.

Eine Beschlussfassung hierzu erfolgt nicht.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produkte

- 01 06 01 – Vergabewesen und HOAI-Musterverträge
- 09 01 01 – Räumliche Planung und Entwicklung
- 09 01 02 – Vollzug des Planungsrechts
- 09 01 03 – Städtebauliche Verträge
- 09 01 04 – Abwicklung sonstiger Anliegerbeiträge
- 09 03 01 – Geoinformationsdienste, -management, u.a.
- 09 04 01 – Bodenordnung, Bewertung, Ortsbaurecht
- 10 01 01 – Bauaufsicht
- 10 01 02 – Stellplatzablöse
- 10 02 01 – Bauverwaltung
- 10 03 01 – Zuschusswesen Dez. III
- 10 09 01 – Denkmalschutz und Denkmalpflege
- 15 01 02 – Entwicklung städtebaulicher Standortfaktoren

entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2019 und der Finanzplanung 2020-2022 einschließlich der Veränderungsnachweisung sowie der Produktblätter und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die jeweiligen Teilfinanzpläne zu übertragen.

Der Planungsausschuss beschließt ebenfalls die in den entsprechenden Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2020-2022 einschließlich der Veränderungsnachweisung und beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der Veränderungen in der Teilfinanzplanung in die Ergebnisplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Neue Stellplatzsatzung zum 01.01.2019

zu 6.1 Vorlage: B 03/0127/WP17

Vorlage: B 03/0127/WP17-1

Herr Larosch erläutert den Sachverhalt und nimmt insbesondere Bezug auf die Ergänzungsvorlage (siehe TOP I/6.1), in der die Änderungen und Ergänzungen gegenüber der Beratung des Ausschusses am 08.11.2018 dargestellt werden. Die darüber hinaus vorgeschlagenen Modifikationen erläutert er anhand einer Präsentation, die im Ratsinformationssystem einsehbar ist.

Für die CDU-Fraktion dankt Herr Gilson der Verwaltung für die Umsetzung der Anregungen aus den letzten Abstimmungen. Man müsse nun in 2019 evaluieren, ob die getroffenen Regelungen die gewünschten Effekte erzielen, ggf. müsse man auch nachsteuern. Mit der vorliegenden Satzung habe man aber zunächst eine gute Grundlage, die auch auf das veränderte Mobilitätsverhalten der Menschen reagiere.

Für die SPD-Fraktion spricht auch Herr Plum der Verwaltung seinen Dank für die intensive Zusammenarbeit aus. Angesichts der großen Eilbedürftigkeit sei es gelungen, einen guten Ansatz zu finden, der hoffentlich auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstütze.

Für die Piratenfraktion schließt sich Herr Pütz seinen Vorrednern an. Einzig zur Frage der überdurchschnittlichen ÖPNV-Anbindung sehe man noch Optimierungsbedarf, hier halte man eine Entfernung von 300m statt 400m für passender.

Für die Fraktion der Grünen sieht es Herr Rau als positiv an, dass man gemeinsam und unter hohem Zeitdruck überhaupt zu einem Entwurf gekommen sei. Man müsse allerdings feststellen, dass das Verfahren zur Ermittlung des Stellplatzbedarfs schwer verständlich und in der zukünftigen Anwendung recht kompliziert erscheine. Man hoffe dennoch, dass sich die getroffenen Regelungen in der Praxis bewähren.

Für die Fraktion der Linken sieht Herr Beus mit dem Beschluss ein erstes Ziel erreicht. Es sei zu hoffen, dass mit dieser Satzung das preiswerte Bauen und damit die Entstehung von bezahlbarem Wohnraum gefördert werden könne. Sollte eine Evaluation zeigen, dass eine Vereinfachung des Verfahrens angezeigt sei, könne man im nächsten Jahr nachjustieren, zunächst aber habe man eine gute Grundlage gefunden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt die neue Stellplatzsatzung der Stadt Aachen mit den durch die Ergänzungsvorlage und den Vortrag der Verwaltung vorgenommenen Modifikationen zu beschließen.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat darüber hinaus, für das Vorliegen einer überdurchschnittlich guten Anbindung an den ÖPNV eine Entfernung von weniger als 300 m von einem ÖPNV-Haltepunkt festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7 Masterplan Uniklinik

hier: mündlicher Bericht zum Sachstand

Frau Ohlmann berichtet, dass inzwischen ein Konzept für die notwendigen Ausgleichsflächen bzw. Ersatzpflanzungen vorgelegt worden sei. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen, bei einem positiven Ergebnis sei es jedoch weiterhin möglich, die anvisierte Zeitschiene zu halten.

Herr Gilson weist darauf hin, dass sich der Parkdruck am Klinikum weiter erhöht habe, die Situation gestalte sich für alle Verkehrsteilnehmer mittlerweile extrem schwierig. Die Auswirkungen seien bis in die Wohngebiete hinein spürbar. Es sei dringend erforderlich, dass mit den Betreibern gemeinsam eine temporäre Lösung gefunden werden, beispielsweise könne man eine zweite Ebene für die Parkpalette errichten.

Herr Plum stimmt Herrn Gilson zu, die Situation sei inzwischen nicht mehr hinnehmbar. Es sei abgestimmt gewesen, dass Parkplätze erst wegfallen sollten, wenn das neue Parkplatz errichtet worden sei, diese Vereinbarung sei nicht eingehalten worden. Man müsse nun Ideen entwickeln, wie die Situation verbessert werden könne, denkbar sei auch eine Nutzung des Parkplatzes des Studierendenwerks. Die Verwaltung müsse dringend auf die Verantwortlichen einwirken.

Herr Rau stellt klar, dass die Verantwortung für eine Verbesserung der Situation beim Klinikum liege. Es gebe durchaus Alternativen, die zu einer Verbesserung der Situation führen könnten. In die Überlegungen einbeziehen solle man dabei auch die Parkmöglichkeiten im Campus Melaten, diese könnten per Pendelbus ans Klinikum angebunden werden.

Frau Breuer weist darauf hin, dass im Mobilitätsausschuss Gutachten vorgestellt worden seien. Auch wenn eine für alle zufriedenstellende Lösung kaum möglich sei, müsse zumindest für eine Verbesserung gesorgt werden.

Herr Baal fasst die Diskussion zusammen mit der Bitte an die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Verantwortlichen zu einer Verbesserung der Situation zu bewegen.

Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

**zu 8 Änderung Nr. 144 des Flächennutzungsplanes 1980 und Bebauungsplan Nr. 978 -
Niederforstbacher Straße/ Beckerstraße -**

hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- Empfehlung zum Änderungsbeschluss / Satzungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1083/WP17

(Herr Müller erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.)

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, für beide Bauleitplanverfahren zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 978 -Niederforstbacher Straße/Beckerstraße- gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Des Weiteren empfiehlt er dem Rat, die Änderung Nr. 144 des Flächennutzungsplanes 1980 - Niederforstbacher Straße/Beckerstraße- zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 IV. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 888 -Krefelder Straße/ Soerser Weg- für den
Bereich zwischen Tivoli-Stadion, Krefelder Straße, südlicher Zufahrt zum Sportpark
Soers und Stadionparkhaus**

hier: Änderungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/1075/WP17

Für die Fraktion der Grünen kündigt Herr Rau an, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung grundsätzlich zustimmen werde. Man wolle allerdings sicherstellen, dass in diesem Bereich der Krefelder Straße, in dem in den letzten Jahren insbesondere durch das Ensemble um das Trianel-Gebäude eine hohe architektonische Qualität entstanden sei, eine hochwertige Gestaltung sichergestellt werde. Aus diesem Grund halte man die Durchführung eines Wettbewerbs für notwendig und beantrage, dem

«SINAME»

Ausdruck vom: 29.01.2019

Seite: 13/16

Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss die Aufnahme einer entsprechenden Auflage in den Kaufvertrag zu empfehlen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Gilson ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die Durchführung eines doch recht aufwendigen Wettbewerbsverfahrens könne man nach seiner Einschätzung nur für besonders prägnante Gebäude fordern, bei einem Gebäude in der zweiten Reihe sei dies nicht zwingend erforderlich. Hier könne durchaus etwa eine Mehrfachbeauftragung zur Qualitätssicherung ausreichend sein.

Herr Baal schlägt vor, dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss grundsätzlich eine konzeptionelle Unterfütterung des Grundstücksgeschäfts durch ein Qualitätssicherungsverfahren zu empfehlen.

Auf dieser Grundlage fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die geplante Änderung zur Kenntnis. Er stellt fest, dass auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB verzichtet werden kann und beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs.8 BauGB und gemäß § 13 BauGB die IV. Änderung sowie gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung der IV. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 888 -Krefelder Straße/ Soerser Weg- in der vorgelegten Fassung.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss, zur konzeptionellen Unterfütterung des Grundstücksgeschäfts die Durchführung eines Qualitätssicherungsverfahrens im Kaufvertrag zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Bebauungsplan Vaalser Straße / Am Venskyhäuschen

hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1071/WP17

Für die SPD-Fraktion äußert Herr Plum grundsätzlich Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Die Situation in diesem Bereich sei schwierig und müsse genau betrachtet werden, durch Kaltluftschneise, Eisenbahnlinie, Vaalser Straße und mögliche Altlasten könnten sich hier durchaus Einschränkungen in der Nutzbarkeit ergeben. Wenn Wohnbebauung möglich sei, begrüße man das sehr, es sei dann darauf zu achten, dass auch öffentlich geförderter Wohnungsbau realisiert werde.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Gilson der Einschätzung von Herrn Plum an, auch seine Fraktion halte den Aufstellungsbeschluss für sinnvoll und werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Für die Fraktion Die Linke signalisiert Herr Beus ebenfalls Unterstützung für die Vorlage der Verwaltung. Es sei richtig, hier früh aktiv zu werden, um die weitere Entwicklung steuern zu können. Angesichts der hohen Lärmbelastung wolle man zudem anregen, gewerbliche Nutzungen zu prüfen.

Frau Ohlmann erläutert, dass die gegenwärtige Situation sehr komplexe Anforderungen an die Planung stelle. Es habe zwar bereits einzelne Anfragen gegeben, letztlich sei jedoch ein städtebauliches Gesamtkonzept erforderlich, aus dem dann für Teilbereiche bei Bedarf vorhabenbezogene Bebauungspläne entwickelt werden könnten. In einem vorhabenbezogenen Verfahren könne dann auch der Quotenbeschluss für öffentlich geförderten Wohnungsbau Anwendung finden, dies sei derzeit jedoch noch nicht absehbar.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung nachfolgender Ziele der Bauleitplanung

- maßvolle Weiterentwicklung der Wohnbebauung unter Berücksichtigung der Belange des Stadtklimas und der Grünplanung im Sinne des Vorentwurfs des FNP AC* 2030 sowie des Lärmschutzes und der verkehrlichen Erschließung

die Aufstellung des Bebauungsplanes - Vaalser Straße / Am Venskyhäuschen - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Bebauungsplan Prager Ring / Gut-Dämme-Straße

hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: FB 61/1076/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung nachfolgender Ziele der Bauleitplanung

- Nacherdichtung der Gewerbeflächen
- Konzentration der Stellplätze in Tiefgaragen oder Parkdecks
- Sicherung einer ausreichenden Durchgrünung

die Aufstellung des Bebauungsplanes Prager Ring / Gut-Dämme-Straße zwischen Prager Ring, Grüner Weg und Gut-Dämme-Straße für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Brand im Bereich Starenweg
Vorlage: FB 61/1082/WP17

(Herr Müller erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.)

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für die im Planbereich befindlichen Grundstücke im Stadtbezirk Aachen-Brand Niederforstbacher Straße/Beckerstraße eine Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Clemens berichtet über die zum 01.01.2019 in Kraft tretende neue Bauordnung und informiert den Ausschuss über die wesentlichen Änderungen.